

Dr. Werner Pfeil (MdL)

Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Sonja Bongers (MdL)

Sprecherin der SPD-Fraktion
im Rechtsausschuss

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Dr. Werner Pfeil (MdL)
Vorsitzender des Rechtsausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

29.09.2023

Beantragung einer Sondersitzung des Rechtsausschusses für Donnerstag, den 05.10.2023 14.00 Uhr

Manipulative Verfahrensgestaltung durch Justizminister Limbach in dem Bewerbungsverfahren zur Besetzung der Position des Präsidenten des OVG Münster

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß § 53 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen beantragen die Fraktionen von SPD und FDP die Einberufung einer Sondersitzung des Rechtsausschusses.

Das OVG Münster hat in einem Eilverfahren (Az: 5 L 583/23) das Bewerbungsverfahren zur Besetzung der Stelle des Präsidenten des OVG Münster gestoppt. Grund für den sofortigen Stopp des Bewerbungsverfahrens ist die „manipulative Verfahrensgestaltung“ des Bewerbungsprozesses durch Justizminister Limbach.

Justizminister Limbach hat in eigener Person mehrfach manipulativ in das Verfahren eingegriffen, um eine von ihm gewünschte Bewerberin auf den Posten des OVG-Präsidenten zu hieven: So stoppte Justizminister Limbach unmittelbar nach Amtsübernahme am 30.06.2022 das laufende Bewerbungsverfahren, um einer von ihm favorisierten Person den Eintritt in das Bewerbungsverfahren zu ermöglichen. Darüber hinaus habe er allen Bewerbern sogenannte Überbeurteilungen geschrieben und dabei die von ihm favorisierte Person als „hervorragend geeignet“ beurteilt und vorgeschlagen, ihr das Präsidentenamt anzutragen. Mit den Überbeurteilungen habe der Justizminister zudem „zielorientiert“ die Auswahlentscheidung gesteuert und dabei teilweise die falschen Kriterien angewendet. Tatsächlich liege für die von Justizminister Limbach favorisierte Bewerberin aus dem Innenministerium eine Beurteilungslücke von rund neun Jahren vor. Darüber hinaus habe der Justizminister diese Bewerberin rein

dienstrechtlich gar nicht beurteilen dürfen, weil diese dem Innenministerium zugeordnet war und nicht dem von Limbach geführten Justizministerium.¹

Angesichts der Brisanz der Vorwürfe und dem außerordentlich hohen öffentlichen Interesse an einer lückenlosen Einordnung der Berichterstattung, beantragen wir eine Sondersitzung des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Für die SPD-Fraktion

Für die FDP-Fraktion

Sonja Bongers

Dr. Werner Pfeil

Elisabeth Müller-Witt

Sven Wolf

Hartmut Ganzke

¹ https://rp-online.de/nrw/panorama/ovg-muenster-stoppt-besetzung-von-spitzenposten-der-nrw-justiz_aid-98541071